

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 41.

Charlottenburg, Freitag, den 14. Oktober 1921.

48. Jahrg.

Nachlänge von unseren Tarifverhandlungen.

Weil es weder bei allen bisherigen noch voraussichtlich auch bei allen event. späteren Tarifverhandlungen nicht möglich war bzw. sein wird, unsere Mitglieder vor den Verhandlungen darüber in Kenntnis zu setzen, wie die von beiden Seiten gestellten Tarifforderungen beschaffen, dürfte es angebracht sein, des näheren darauf einzugehen, welche Forderungen in Eisenach vorlagen. Selbst für den Fall, den wir vorläufig noch nicht für wahrscheinlich halten, daß der tariflose Zustand zum Dauerzustand werden sollte, ist es notwendig, diese Nachlese zu halten. Es muß dann mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß einzelne Unternehmer in ihren Betrieben versuchen werden, durchzusehen, was bei den Verhandlungen in Eisenach nicht durchgesetzt werden konnte. Die Tatsache, daß unter den von Unternehmenseite gestellten Forderungen mehrere sind, gegen deren Annahme wir uns schon bei den vorjährigen Verhandlungen in Dresden wenden mußten, läßt darauf schließen, daß dieselben noch nicht endgültig abgetan sind.

Im § 6 des alten Vertrages war bisher der Passus enthalten, daß in Betrieben, für welche eine kürzere Arbeitszeit als 48 Stunden in der Woche ordnungsmäßig vereinbart wurde, diese bestehen bleibt. In der Vorlage der Arbeitgeber war das strikte Gegenteil von dieser Bestimmung enthalten, indem dort gesagt wurde: Bisher noch bestehende kürzere wöchentliche Arbeitszeiten sind hiermit aufgehoben.

Während seit dem Dezember 1918 nicht der leiseste Versuch unternommen wurde, die Einführung der 48-Stunden-Woche für die Brenner zu ermöglichen, im Gegenteil sich der Mißstand herausgebildet hat, daß die 60-Stunden-Woche für die Brenner die Regel geworden ist, soll dort eine Verlängerung der Arbeitszeit eintreten, wo weiter nichts dafür spricht, als das Profitinteresse des Unternehmers. Die Betriebe, die bisher mit einer kürzeren als 48stündigen Arbeitswoche ausgekommen sind, haben doch nur bewiesen, daß 48 Stunden nicht die Mindest-, sondern die Höchstgrenze sein müssen, über die keinesfalls hinausgegangen werden darf. Die Versuche, gegen den Achtstundentag bzw. gegen die 48-Stunden-Arbeitswoche anzukämpfen, werden wahrscheinlich immer wieder gemacht werden. Unsere Mitglieder werden deshalb stets bereit sein müssen, jeden ernsthaften Versuch, den Achtstundentag zu durchlöchern, abweisen zu können.

Der § 616 des BGB ist ebenfalls eine Bestimmung, die den Unternehmern nicht gefällt. Weil dieser Paragraph kein zwingendes Recht darstellt, war es in der vorrevolutionären Zeit leicht für den Unternehmer, diese Bestimmung beiseite zu schieben. Es wurde einfach in die Arbeitsordnung geschrieben, der § 616 des BGB habe keine Gültigkeit und damit basta. Dieser letztere Zustand ist erst in den Tarifverhandlungen vom Dezember 1918 beseitigt worden, jedoch nur zum Teil. Weil der § 616 des BGB nur von einer unverschuldeten Arbeitsverfümris von unerheblicher Dauer spricht, jedoch die Meinungen darüber auseinandergehen können, was unter „unerheblich“ in diesem Sinne verstanden werden kann, wurde versucht, einzelne Fälle namhaft zu machen im Tarif, über die es beiderseits Meinungsdivergenzen nicht geben sollte. Was über die namhaft gemachten Fälle hinaus, eventuell noch unter den genannten Paragraphen fallen könnte, sollte der Entscheidung im vorliegenden Einzelfall überlassen bleiben.

Die Arbeitgeber beabsichtigten, in ihrer Vorlage die gegenteilige Auffassung festzulegen. Nur in den namhaft gemachten Fällen sollte eine Entschädigung gewährt werden, in allen anderen Fällen nicht. Einzelne Fälle waren namhaft gemacht, in denen eine Entschädigung nicht gezahlt werden sollte. So war u. a. die bisherige Bestimmung des § 9, Ab. c des Tarifvertrages, in der

es hieß, daß für das erstmalige Auffuchen eines Arztes infolge eines Betriebsunfalles oder einer vom Arzt bestätigten Erkrankung die Entschädigung für die versäumte Zeit, bis zur Dauer von sechs Stunden höchstens, gezahlt werden sollte, abgeändert werden. Im Entwurf der Arbeitgeber hieß es: Für erstmaliges Auffuchen eines Arztes am Ort bzw. dort, wo der nächste einschlägige Arzt wohnt. Bedingung für die Vergütung der versäumten Zeit müsse jedoch sein, daß der betreffende Arbeitnehmer vom Arzt krank und arbeitsunfähig geschrieben wird, mit der Arbeit aussetzen muß und in den Genuß des Krankengeldes tritt.

Auch der Abs. d des § 9 hatte eine Einschränkung erfahren; während bisher für die Teilnahme an einer Fachschule oder Fachschulkursen die Vergütung zu gewähren war, sollte es in Zukunft heißen: an Fachschulen oder Fachschulkursen, die vom Werk oder von Werkverbänden zur fachlichen Fortbildung eingerichtet sind.

Für den Besuch der Pflichtfortbildungsschule sollte eine Zeitvergütung nicht erfolgen.

Der bisherige § 12 des alten Vertrages sollte ebenfalls eine Verschlechterung erfahren. Zu den Betriebsstörungen, für die dem Unternehmer eine Verpflichtung zur Vergütung für die ausgefallenen Arbeitsstunden nicht auferlegt werden kann, sollten zu den bereits im alten Vertrage genannten noch einige neue hinzukommen. Im Entwurf hieß es: ferner für Arbeitsstörungen, die durch Streiks, Teilstreiks, Sabotage, passive Resistenz oder durch Verschulden von Arbeitern oder Arbeiterinnen verursacht sind, findet eine Vergütung für ausgefallene Arbeitsstunden nicht statt. Unsere Vertreter bei den Verhandlungen waren der Meinung, daß dann nicht mehr viel Fälle übrig bleiben würden, in denen dem Arbeiter ein unbestrittener Entschädigungsanspruch zuerkannt würde. Die Arbeiter wären dann in allen Fällen das Karnickel, das immer schuld ist, der Streit nähme kein Ende.

Eine arge „Verböserung“ war uns in den Entwurf zum § 27 hineingeschrieben worden. Nach diesen neuen Bestimmungen sollte jede Altersklasse, je nach dem Geschlecht, eine besondere Alfordbasis erhalten, außerdem wurde den „sonstigen“ Arbeitern und Arbeiterinnen nur ein Bruchteil des Alfordlohnes für Facharbeiter zugestanden während der Zeit des Anlernens. Mit Annahme dieser Bestimmung wäre erreicht worden, daß so ziemlich jeder Arbeiter und jede Arbeiterin einen anderen Alfordpreis für eine und dieselbe Ware erhalten hätte. Wahrlich, ein idealer Zustand für manche Unternehmer, der alles bisher Dagewesene noch übertreffen konnte.

Der bisherige § 29 sollte ebenfalls verschlechtert werden. Wenn ein Arbeiter in eine andere Berufsgruppe versetzt wird, sollte er nicht mehr, wie bisher, für die Dauer der betrieblichen Kündigungsfrist den Lohn nach seinem bisherigen Durchschnittsverdienst, sondern sofort den Lohn, der in der neuen Beschäftigungsgruppe gilt, erhalten.

Der § 35 hatte in der Vorlage der Arbeitgeber einen böartigen Zusatz erhalten. Dort wird gesagt: Wendet sich die Arbeitsweise, z. B. infolge Einführung neuer Maschinen, Arbeitsmethoden oder Materialien, oder wird das Muster geändert usw., so sind die Alfordpreise neu zu vereinbaren. Nunmehr sollte aber noch angefügt werden hinter den Worten: „wird das Muster geändert oder liegt ein Fehler in der Kalkulationsberechnung vor, oder veränderu sich die Grundlagen, auf der die Kalkulationsberechnung aufgebaut war usw.“ Diese Grundlagen waren natürlich sofort geändert, wenn ein besonderer leistungsfähiger Arbeiter oder ein sogenannter „Wühler“ einmal einige Stück mehr hergestellt hätte, als bei der Kalkulationsberechnung angenommen wurde. In allen Fällen, in denen aber sonst nicht zu einer Herabsetzung der Alfordlöhne geschritten werden konnte, hätte sich in dafür geeigneten Zeiten na-

kirchlich immer herausgestellt, daß ein Kalkulationsfehler vorliege. Die ganze tarifliche Lohnregelung, insbesondere die Bindung an tarifliche Mindestlöhne wäre mit Annahme dieser Bestimmung zu dem bekannten Messer ohne Gest und Klinge geworden.

Im § 37 war der Passus angefügt worden: **Nach nicht abgenommene Ware wird nicht verrechnet.** Diese Bestimmung könnte für die Dreher insbesondere verhängnisvoll werden. Wo Ablieferungsräume nicht bestehen, dennoch die Ware in der Dreherei, Siebererei usw. stehen bleiben muß, bis sie zum Brand abgeholt wird, kann es vorkommen, daß einem Dreher am Wochenschluß kein Pfennig Lohn gezahlt zu werden brauchte, weil seine Ware nicht abgenommen wurde. Die Ware, die in der Zeit des Herumstehens in der Dreherei beschädigt wird, hätte der Dreher umsonst gemacht, der Schaden ginge zu seinen Lasten. Nebenbei wäre so manchem „Ober“ ein bequemes Mittel in die Hand gegeben, sich an dem einen oder anderen, der zufällig Arbeiterrats-, Preiskommissions- oder Defektkommissionsmitglied ist, zu reiben, indem er ihm nur einen Teil der Ware abnimmt und damit dem betreffenden Arbeiter mit seinem wöchentlichen Einkommen so ungeheuren Schwankungen aussetzt, daß er es auf die Dauer nicht aushalten kann.

In der **Urlaubsfrage** wurde ebenfalls nicht nur jede Verbesserung abgelehnt, sondern es sollten noch Verschlechterungen eintreten. Es sollte für die Berechnung der Gesamtbeschäftigungsdauer und damit für die Dauer desurlaubes ein **Stichtag** eingeführt werden. Als solcher sollte der auf den Eintritt in das Werk folgende 1. Januar gelten. In der Praxis wurde das ungefähr sich dargestellt haben, wie folgt. Ein Arbeiter, der am 10. Januar 1918 in einen Betrieb eingetreten, hatte nach dem bisherigen tariflichen Zustand Anspruch auf Urlaub im Jahre 1921 auf 6 Tage, weil vom 10. Januar 1918 bis zum Sommer 1921 nach Adam Riese mehr als 3 Jahre verfloßen sind. Nach der neuen Bestimmung hätte derselbe aber nur 5 Tage zu beanspruchen gehabt, weil vom 1. Januar 1919 ab erst die Beschäftigungsdauer zu berechnen beginnt, mithin nur eine zweijährige Dauer in Frage käme. Die Urlaubsfrage wird nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden. Die Arbeiter haben das größte Interesse an einem Ausbau des Ferienurlaubs. Am besten wäre es, die ganze Angelegenheit würde auf gesetzlichem Wege geregelt. So lange das aber nicht geschieht, müssen die Arbeiter die Urlaubsfrage mit ihren Arbeitgebern regeln und da haben sie schon allen Anlaß, daß aus dem heutigen Urlaub in homöopathischen Dosen ein wirklicher Urlaub wird, der auch tatsächlich eine Erholung für den Arbeiter mit sich bringt.

Unsere Kollegen werden aus diesen Ausführungen entnehmen können, daß die Arbeitgeber der feintextilen Industrie sich anscheinend das „Nückwärts, rückwärts, Don Rodrigo“ zum Leitmotiv erwählt haben, soweit die Regelung des Verhältnisses mit der Arbeiterschaft in Frage kommt. Demgegenüber haben die Arbeiter dieser Industrie Grund genug, einig und geschlossen zu bleiben und sich für alle Fälle zu wappnen. Die Verschlechterungen, die in Eisenach durch Ablehnung von unserer Seite abgewehrt wurden, dürfen auch nicht vom einzelnen Unternehmer im einzelnen Betriebe durchgesetzt werden. Dafür haben unsere Mitglieder zu sorgen, natürlich immer im engsten Konnex mit den Gauleitungen und der Verbandsleitung.

Bei dieser Gelegenheit müssen wir noch auf etwas hinweisen. Unsere Vertreter bei den Verhandlungen richteten an die anwesenden Vorstandsvertreter die Frage, ob denn nicht bald eine den heutigen Geldverhältnissen entsprechende Erhöhung der Verbandsbeiträge erfolge. Es ist immer eine mißliche Sache und nur in zwingendsten Fällen zulässig, eine Erhöhung der Beiträge anders als durch die Verbandsgeneralversammlung eintreten zu lassen. Ob wir noch bis zur nächsten Generalversammlung damit warten sollten oder zweckmäßiger schon früher eine Erhöhung der Beiträge eintreten lassen werden, ist heute noch nicht entschieden. Auf einen Umstand ist aber schon in Eisenach hingewiesen worden, der uns wichtig genug erscheint, in diesem Rahmen wiederholt zu werden. Das ist, so lange eine Erhöhung der statutarischen Beiträge nicht eintritt, die **Kassas** aufzufüllen. In der Leistung von Lokalbeiträgen sind unsere Mitglieder nicht beschränkt und können darüber nach eigenem Ermessen beschließen. Ein gutfundierter Lokalfonds ist immer eine gute Rückendeckung in kritischen Zeiten, so daß die Mitglieder nicht notwendig haben, in Zeiten der Kämpfe fortgesetzt an den Vorstand heranzutreten und Mittel aus der Verbandskasse zu verlangen, weil im Lokalfonds nichts mehr vorhanden. Es ist aber auch wieder in Eisenach darauf hingewiesen worden, daß die **Kassas** Mittel in den Lokalfonds flüssig gehalten und nicht, wie wiederholt geschehen, in Häusern oder sonstwie festgelegt sind, die im Bedarfsfall nicht erreichbar sind.

Unsere Verhandlungsdelegation in Eisenach, das sei ausdrücklich bemerkt, um eventuellen Mißverständnissen vorzubeugen, konnte nicht befreit sein, etwa Beschlüsse zu fassen, die nur allein der Kompetenz der statutarischen Instanzen unterliegen. Absichten dieser Art haben ihr auch vollkommen ferngelegen. Wenn dieselbe

Anregungen in der Beitragsfrage gegeben, dann lediglich aus dem Bestreben, unserer gemeinsamen Sache zu dienen und in der Verwirklichung, damit ein williges Ohr bei der Gesamtkollegenchaft zu finden.

Zusammenfassend sei bemerkt, daß unsere Mitglieder aus den vorstehenden Zeilen ersuchen können, daß nicht nur die Lohnfrage, sondern auch der Manteltarif äußerst wichtig für sie ist. Wir behaupten, wie wichtigsten Fragen überhaupt sind im Manteltarif zu regeln. Wir wollen erreichen, daß sich unsere Mitglieder mit diesen Fragen eingehender beschäftigen als bisher, weil sie wichtig bleiben, ob mit oder ohne Tarif.

Teuerung und Teuerungsindey.

Sicherung des Reallohnes.

Von Friedrich Olt-Eberfeld.

Die Teuerungswelle, die sich in den letzten beiden Monaten besonders durch das Steigen der Großhandelspreise der Lebensmittel und Genussmittel bemerkbar machte, hat die Debatte über den sogenannten Teuerungsindey aufs neue eröffnet. Besonders haben die letzten Zahlen des sogenannten Reichsindeyes eine scharfe Kritik herausgefordert, in der man insbesondere das starre Festhalten an dem Kalorienprinzip und die Außerachtlassung der Ausgaben für Bekleidung gerügt hat. Die Mängel könnten, um gewissen Bedürfnissen, z. B. dem, dem Auslande ein einwandfreieres Bild über die wirklichen Lebensunterhaltskosten in Deutschland zu geben, entgegenzukommen, abgestellt werden. Gewonnen hätte man aber dadurch praktisch so gut wie nichts. Trotz aller Fortschritte der exakten Volkswirtschaft, die messen und darstellen will, bleibt jeder Teuerungsindey ein Ding mit verhältnismäßig sehr vielen Angriffsflächen. Nicht nur deshalb, weil sich die Lebenshaltung bei uns nicht gemäß einem spartanischen Küchenreglement vollzieht.

Mit dem individuellen Moment in der Lebenshaltung würde man sich aber schnell abfinden können, weil der zur Verfügung stehende Nominallohn auf die Dauer einen gewissen Typ der Lebenshaltung schafft, der aber von der Saison des in Frage kommenden Wirtschaftsgesetzes abhängt. Der Berliner Arbeiter hat ja im Frühjahr eine wesentlich andere Ernährung als im Herbst. Diese Verschiedenheit bedingt eine erhebliche Kostenverschiebung. Der optische Arbeiter in Rathenow ernährt sich wesentlich anders als der Bergmann im Ruhrgebiet, und der Bergmann im Ruhrbezirk hat eine ganz andere Lebenshaltung als der kaufmännische Angestellte oder Beamte an demselben Orte, was unbedingt bewertet werden muß. Außerdem bildet sich der Kleinhandelspreis, auf den jeder Teuerungsindey zurückgreifen muß, weil der Arbeiter, Angestellte oder Beamte eben den Kleinhandelspreis bezahlt, in den einzelnen Gegenden ganz verschieden. Allgemein kann man sagen, daß die Preissturbe im Kleinhandel der im Großhandel überaus schnell nach oben folgt, über dem Preissturz im Großhandel gegenüber nicht eben sehr elastisch ist. Der Grund dafür ergibt sich aus der Praxis des Detailhandels, hat aber zur Folge, daß die Preisbildung im Kleinhandel in zwei direkt zusammenliegenden Städten wie Eberfeld und Barmen sehr verschieden ist, und die Kleinhandelspreise in derart zusammenhängenden Wirtschaftsgebieten, wie das Ruhrgebiet und das Wuppertal, zu Ungunsten des letzteren differieren. Ein Teuerungsindey, der sich z. B. auf den Berliner Kleinhandelspreisen aufbaut, hat selbstverständlich für Berlin seinen Wert, greift aber für München sehr wahrscheinlich zu hoch, und ist für Köln ausgemachter Unfimm. Der sogenannte Eildienst des Reichsstatistischen Amtes kommt ja dem bereits entgegen, indem er für einige Duzend Städte den Teuerungsindey berechnet, die möglichst als Repräsentanten eines bestimmten Wirtschaftsgebietes gelten sollen. In Wirklichkeit ist aber der Differenzierung auch nicht annähernd dadurch entsprochen worden. Man könnte geradezu behaupten, und dieses auch beweisen, daß für die Arbeiter einer bestimmten Fabrik, die aber verschieden, z. B. im Zentrum, im Vorort oder in der Umgebungs- wohnen, erheblich differierende Teuerungszonen in Frage kommen.

Je allgemeiner ein Teuerungsindey aufgemacht wird und je größer das zu umfassende Wirtschaftsgebiet ist, desto ungenauer und wertloser wird er. Im übrigen kommt der Indey viel zu spät in die Hände des Gewerkschaftlers. Leiden haben wir, die wir seit Jahren kaum aus Lohn- und Preisrevolutionen herausgekommen sind, nicht derart stabile Verhältnisse, daß das, was nach den Kleinhandelspreisen im November 1920 berechnet ist, noch richtig sei im Januar 1921, als die Öffentlichkeit z. B. erst die Zahlen des Eildienstes vom November bekam, hat. Dazwischen liegt die Entspannung der Großhandelspreise, die im ersten Drittel des Monats Dezember 1920 einsetzte, die die Kleinhandelspreise im Januar, Februar und März 1920 auch bedeutend abschwächte, weil eine tarifliche Festlegung im März 1920 und auch heute, wo die Rückkehr zur freien Wirtschaft aufsteigende Tendenzen in der Preisbildung bedeutet, ein Hindernis ist. Tut man's doch (und es läßt

sich nicht mehr vermeiden), dann hinkt die Lohnbewegung wieder mal nach. Das geht mit auf Rechnung einer schlechten Beobachtung der Marktverhältnisse und der Preisbildung. Dem läßt sich auch nicht durch Experimente mit dem Kahn'schen Großhandelsindex beikommen, die vielfach in Gewerkschaftskreisen unternommen worden sind. Was der Großhandelsindex bieten kann, ist die Möglichkeit, ihn als gemeinen Preis- und Konjunkturbarometer zu benutzen. Da der Lohn heute zum größten Teil zur Bestreitung des Lebensunterhalts an und für sich dient, gibt er für Lebens- und Genußmittel einen überaus vorzüglichen Ueberblick über die Tendenzen der Preisbildung. Damit ist der Wert des Großhandelsindex, der den Vorzug hat, ein gutes allgemeines Preis- und Konjunkturbarometer zu sein, aber den Nachteil besitzt, nicht lokal gefärbt sein zu können, für die Bemühungen, die auf eine Feststellung des Teuerungsindex hinielen, erschöpft. Man wird auch kaum von irgendeiner Zentralstelle aus einen Teuerungsindex herstellen können, der Anspruch auf Wichtigkeit erheben könnte. Das örtliche und zeitliche Moment steht dem im Wege.

Der Weg, um zu greifbaren, brauchbaren und zuverlässigen Ergebnissen zu kommen, soweit man auf dem schwankenden Indexboden überhaupt davon sprechen kann, ist der, ein Schema herzustellen, nach dessen Vorschrift die Lokalorganisationen gewerkschaftlicher und kommunaler Art, entsprechend dem Wirtschaftsgebiet, den Jahreszeiten, den Besonderheiten in der Kleinhandelspreisbildung usw., zu jedem beliebigen Zeitpunkt ihren Teuerungsindex feststellen.

Durch eine vom Schreiber des Artikels vorgeschlagene Formulierung geht man aber den weiteren Schwierigkeiten, die seit Jahr und Tag die Fachkreise beschäftigen, keineswegs aus dem Wege. Selbstverständlich erscheint, daß das Kalorienprinzip aufgegeben werden muß, wie denn unsere Entlohnungsmethoden und die Lohnhöhe immer etwas historisch geworden sind und auf die sogenannten „Normalrationen“ keinen Einfluß hatten. Wenn man aber nach englischem Vorbilde einen normalen Haushalt in Friedenszeiten zugrunde legen will, läßt man die durch den Krieg und die Kriegsquidation eingetretene Verarmung des deutschen Volkes völlig aus dem Auge, und jede Errechnung eines sogenannten Existenzminimums wird erweisen, daß ungeheure Lohnrevolutionen notwendig sind, um dieses Existenzminimum zu erreichen, wie ja manche Berufsgruppe auch schon vor dem Kriege das Existenzminimum nicht verdienen konnte.

Für die nächsten Jahre wird jede Beschäftigung mit dem Teuerungsindex mal erst die wichtige Aufgabe haben, den Reallohn zu fixieren, um ihn zu sichern. Der Krieg und die Nachkriegszeit hatten zur Folge, daß der Güteranteil, der auf den einzelnen entfällt, kleiner geworden ist und kleiner wird. Diese Reduzierung vollzieht sich in Deutschland durch Inflation, durch die Entwertung des Geldes. Preise und Löhne steigen. Aus dem Wettlauf dieser beiden Faktoren resultiert der Reallohn. Jede Preissteigerung empfindet man nach der Höhe des Einkommens. Wer einen ausreichenden Nominallohn hat, wird selbstverständlich mit der Teuerung schnell fertig. Wo das aber nicht der Fall ist, wird die Teuerung immer eine ganz enorme Verschiebung der Lebenshaltung und der Ausgabenverteilung bewirken. Dr. Renetta Brandt-Wyht weist auf den Einfluß der Teuerung auf die Ausgabenverteilung in einer Amsterdamer Statistik hin. Danach betragen die Ausgaben für Brot, Kartoffeln und Hülsenfrüchte im Jahre 1910/11 14,7 Proz., im Jahre 1916/17 2 Proz. und im Jahre 1918 17,6 Proz., die für Milch, Butter, Eier, Käse im Jahre 1910/11 11,3 Proz., 1917 12 Proz., 1918 14 Proz., die für Brennmaterial und Beleuchtung im Jahre 1910/11 6,2 Proz., im Jahre 1917 5,4 Proz., im Jahre 1918 5,8 Proz., die für Kleidung und Stiefel im Jahre 1910/11 12,8 Proz., im Jahre 1917 7,2 Proz. und im Jahre 1918 7,9 Proz., die Hausmiete im Jahre 1910/11 16,1 Proz., im Jahre 1917 15,1 Proz. und im Jahre 1918 13,1 Proz.

Im Grunde genommen ist für den einzelnen die Teuerung eine Erscheinung, wie die Kälte, die Hitze, gegen die er sich nach bestem Vermögen zu schützen sucht. So richtet sich der Einkauf und die Lebenshaltung nicht nach einer bestimmten Methode oder Berechnung, sondern nach dem tatsächlichen zur Verfügung stehenden Nominallohn. Wenn der Nominallohn für alle gleich wäre, könnte man den Grad der Teuerung auf Grund der erhöhten Preise für die Einheiten der üblichen und zum Leben erforderlichen Waren errechnen. Das ist aber nicht der Fall, so daß überall dort, wo man den Versuch mit der Aufstellung des lokalen Teuerungsindex zur Fixierung des Reallohnes machen wird, auf Grund von genau geführten Wirtschaftsbüchern erst festgestellt werden muß, welche Waren und inwieweit diese für die Lebenshaltung solcher Berufsgruppen in Frage kommen, denen ein gleich hoher Nominallohn zur Verfügung steht und inwieweit der

Typ der Lebenshaltung unter dem Einfluß der Jahreszeit wechselt. Vielleicht wird die Verschiedenheit der Arbeit und des Einkommens dazu führen, daß man für jede Berufsgruppe einen besonderen Index lokaler Art aufstellt und ihm den Nominallohn gegenüberstellt, wenn man den Reallohn auch wirklich ermitteln will. Als Ausgangspunkt für den Reallohn wäre ein Termin des vergangenen Jahres zu betrachten, an dem die Preissteigerung und Lohnbewegung zu einem gewissen Abschluß gelangt sind, soweit man überhaupt hier von Abschluß reden kann. Der Stichtag würde innerhalb der letzten drei Monate des Jahres 1920 liegen.

Die kommende Teuerung wird so gewaltig sein, daß eine intensivere Beschäftigung mit diesem Zweig der sozialen Technik unbedingt notwendig ist. Zu wünschen wäre es, wenn die Gewerkschaften dieses Gebiet, das für sie bis jetzt terra incognita im wahrsten Sinne des Wortes war, unter dem Zwange der Notwendigkeit in ganz kurzer Zeit erobern und zu einer scharfen Waffe im Lohnkampf machen würden.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Spekulation in Devisen. — Steigen der Industrieaktien. — Zur Bekämpfung der Börsenspekulation.

Die Treiberien auf dem Devisenmarkt zeigen in den letzten Wochen die schlimmsten Auswüchse. Alle Aufmerksamkeit wendet sich den Kursschwankungen des Dollars zu, der von 110 M. vorübergehend auf 100 zurückging, dann aber die nie erreichte Höhe von 118 erreichte. Es kann nicht bestritten werden, daß außer der Spekulation, die an der Börse sich austobt, um aus dem Sinken der Mark einen Gewinn zu ziehen, auch Handel und Industrie ein Interesse an einer weiteren Entwertung der Valuta haben, besonders gilt das von der Exportindustrie. Im Ausland erhebt man deshalb gegen uns bereits den Vorwurf, daß wir uns gar nicht ernstlich bemühen, unsere Valuta zu stabilisieren, sondern im Gegenteil recht zufrieden seien, daß die Mark im Wert sinkt, weil damit unsere Ueberlegenheit im Export gestärkt wird. Das wäre eine sehr kurzfristige Politik, um die Erlangung eines augenblicklichen Vorteils verkümmern wir den Blick für die Zukunft. Nein, wir müssen mit banger Sorge einer derartigen Entwicklung unserer Valuta entgegensehen.

Die Preistreiberie, die allgemein auf dem Warenmarkt einsetzt, ist nicht zuletzt auf die Entwertung unserer Valuta zurückzuführen, und damit ist für Millionen, die ihr Einkommen aus ihrer Arbeitsleistung beziehen, die wirtschaftliche Bedrängnis verschärft. Für das Un gesunde unserer Verhältnisse ist es bezeichnend, daß in derselben Zeit, wo die Lebenshaltung von Millionen von Menschen zurückgeschraubt wird, das Anwachsen der Kapitalien Riesenschritte macht. Die großen Industrieunternehmen sind mit ihren Aktien in einen Kursstand getrieben, der über 1000 hinausgeht und an einigen Tagen waren sogar Kurssteigerungen von 500 und mehr Prozent für einige Gesellschaften zu verzeichnen. Das Unerhörteste in dieser Beziehung bietet wohl das Hinaufgehen der Aktien der Gewerkschaft Wintershall, die an einem Tage um 80 000 Mark stiegen und mit 525 000 M. bezahlt wurden.

Was bedeuten diese enorm aufwärtsgehenden Börsenkurse für die Besitzer dieser Aktien? Nach den Ermittlungen, die die „Frankfurter Zeitung“ über die Kurssteigerungen von 25 Aktien bedeutender Industrieunternehmen regelmäßig anstellt, ergibt sich eine Indexzahl im Januar 1920 von 7696; Mitte September 1921 ist diese Indexzahl gestiegen auf 19 964, d. h. diese Industrieanteile sind in verhältnismäßig kurzer Zeit um rund das 1½fache im Wert gestiegen. Gegenüber diesen Feststellungen nimmt es sich eigenartig aus, wenn immer wieder versucht wird, den Nachweis zu führen, daß die Herren Aktionäre, gemessen an dem Börsenkurs, ja nur eine Verzinsung von 3, höchstens 3½ Proz. zu verzeichnen haben, mithin eine sehr mäßige Nebenue. Daß sich aber der Vermögenswert dieses Aktienbesitzes um das 1½fache erhöht hat, davon ist in der Berechnung nichts enthalten. Wäre die Treiberie der industriellen Werte vermieden, würde der Aktienbesitzer sich mit einer gleich bescheidenen Verzinsung zufrieden geben wie der Gläubiger, der fest verzinliche Werte im Besitz hat, so hätten wir die enormen Gewinnquoten im Produktionsprozeß nicht herauszuholen und die Preisgestaltung im Warenverkehr würde eine größere Beschränkung erfahren.

Unter der allgemeinen Mißstimmung über diese wüsten Treiberien an der Börse werden wiederum Vorschläge ventiliert, die darauf hinausgehen, durch die Gesetzgebung diesem Treiben ein Ende zu bereiten. In der Tat: ist es möglich, diese Auswüchse der kapitalistischen Herrschaft auszurotten, so sollte es geschehen; je eher, je besser. Allerdings darf man sich darüber nicht im unklaren sein, daß es Begleiterscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise sind, gegen die es kein Allheilmittel gibt. Dennoch wäre ein ruhiges Aushalten gegenüber dem zügellosen Treiben verfehlt. Wir

müssen zu einem richtigen Maßstab für die Gewinne der Unternehmungen — gemessen an dem tatsächlich eingezahlten Kapital — kommen. Wenn ein Unternehmen, wie es in den letzten Wochen vielfach geschehen ist, bei einem Kursstand seiner Aktien von 800 resp. 900 neue Aktien zum Kurse von 100 ausgibt, so entwertet es den Aktienbesitz zu dem Zweck, die Gewinnquoten kleiner erscheinen zu lassen, denn es handelt sich in solchen Fällen nicht darum, Betriebskapital zu gewinnen, sondern große Profite zu verschleiern. Wir müssen das Gebaren der Aktiengesellschaften unter staatliche Kontrolle nehmen, damit dieses spekulative Treiben, das auch der Steuerhinterziehung dient, verhindert werden kann. Daß es gelingen könnte, restlos diese Gewinnstreiber zu unterdrücken, ist nicht anzunehmen, denn es gibt leider Mittel und Wege genug, um auch der schärfsten Kontrolle ein Schnippchen zu schlagen.

Für den Devisenmarkt wird es gleichfalls ohne einen Eingriff in das freie Spiel nicht gehen. Hier müssen diejenigen vom Devisenlauf zurückgehalten werden, die nicht den Nachweis führen können, daß sie für eine im Warenverkehr eingegangene Verpflichtung die Summe ausländischer Devisen bedürfen. Beschränkt man den Devisenhandel auf die Zahl derjenigen, die den Ankauf aus ihren Geschäftsunternehmungen nachweisen können, so würde sicherlich ein großer Teil der Spekulanten ausscheiden. Die Voraussetzung wäre, daß die Banken die Kontrolle ausüben und daß Einrichtungen getroffen werden, die die Durchführung einer solchen Kontrolle an der Hand einer vorzuliegenden Einfuhrbescheinigung ermöglichen. Allerdings wird es nicht zu vermeiden sein, daß dann die Spekulation sich der Auslandsbörse zuwendet. Sollte es dann dieser nicht möglich sein, mit den hauptsächlichsten hier in Betracht kommenden Staaten eine Verständigung anzubahnen, damit dort im gleichen Sinne die Spekulation gehindert wird? Das wäre um so eher zu erreichen, als auch das Ausland ein Interesse daran hat, daß wir aus dem unsicheren Stand unserer Valuta herauskommen.

Ein weiterer Vorschlag geht dahin, für unsere Warenausfuhr anzuordnen, daß die Bezahlung in ausländischer Valuta erfolgen muß und die eingehenden Werte an die Reichsbank abzuliefern sind, damit von dieser Stelle aus die Devisen nach Bedarf verwendet werden. Die Durchführung dieses Planes stößt auf größere Schwierigkeiten, als bei einer oberflächlichen Betrachtung anzunehmen ist. Eine Ausfuhr von 69 Milliarden in Papiermark, wie wir sie im Jahre 1920 zu verzeichnen hatten, läßt sich schwer kontrollieren. Es wäre für eine gute Kontrolle ein Riesen-Beamtenapparat notwendig, nicht nur um den tatsächlichen Eingang an Devisen zu beaufsichtigen, sondern auch, um nunmehr weiter zu prüfen, daß diejenigen, die Rohstoffe vom Ausland einführen, nur auf diese Einfuhr die Zahlungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Wie bekannt, hat eine solche Verpflichtung, ausländische Devisen an die Reichsbank abzuführen, eine Zeitlang bestanden, sie ist wieder aufgehoben, weil die Kontrolle ungenügend war. Mit Recht wird aber weiter eingewendet, daß nicht in jedem Fall die Zahlungsverpflichtung für den Exporteur dahin lauten kann, daß er den Wert in ausländischer Valuta einbringt. Vielfach wehren sich die ausländischen Geschäftshäuser dagegen, in der Valuta ihres Landes Kaufabschlüsse in Deutschland zu machen. Es erscheint ihnen vorteilhafter, die Marktbeträge im Ausland zu verwenden oder ihre Guthaben in Deutschland flüssig zu machen. Natürlich befinden wir uns auch nicht in jedem Fall in der Position, um die Bedingungen den Abnehmern restlos vorzuschreiben, sondern Handel und Industrie sind gezwungen, die Chancen auszunutzen, die sich ihnen bieten. Im übrigen ist seit langem vom Reichswirtschaftsministerium bei den Außenhandelsstellen darauf gedrängt, da, wo es möglich ist, in Auslandswährung zu fakturieren. Diesem Verlangen ist in immer größerem Umfange nachgekommen. Geringer wird unser Interesse natürlich den Ländern gegenüber, die in ihrer Valuta noch ungünstiger stehen als Deutschland. Hier wird im Gegenteil die Fakturierung in Mark vorteilhafter sein als eine Zahlung in minderwertiger Valuta. Es ergibt sich somit, daß die Mittel, um die Spekulation auf dem Devisenmarkt zu unterbinden, von sehr zweifelhaftem Wert sind und einen sicheren Erfolg nicht versprechen.

Die Kunst im Arbeiterheim.

Uns wird geschrieben:

Die Entwicklung des deutschen Proletariats fällt in eine Zeit betrüblichster Kämpfe. Seit drei Generationen gibt es in Deutschland eine moderne industrielle Arbeiterschaft: die erste Generation erlebte die Revolution von 1848, die zweite den Deutsch-Französischen Krieg, die dritte den Weltkrieg und den darauffolgenden Zusammenbruch der monarchistisch-militaristischen Staatsform. So reich diese Zeit an politisch-historischem Geschehen war, so arm war sie an kulturellem Besitz. Die Zeit des neudeutschen Kaiserturns, die vielgepriesene wilhelminische Epoche die

Zeit also, in der sich die Arbeiterklasse endgültig bildete und zu ihrer gegenwärtigen Bedeutung heranwuchs, ist nun gar zu einer Periode schlimmsten Kulturbarbarismus. Höflichkeit und kapitalistische Marktgriffe, Untertanensinn und banalste Prophanität einer Klasse von Gründern und Emporkömmlingen bestimmten den geltenden Kunstgeschmack. Starke künstlerische Persönlichkeiten, typische Richtungen mit eigenem Willen vermochten sich nur mit Mühe gegen die Unkultur des offiziellen Kunstbetriebes durchzusetzen. Schlechte Massenware, außen bunt und prahlend, innen hohl und faul, beherrschte den „Markt“ auch in der Kunst. Ein wuchtiger, aus geistiger Größe kommender, überwältigender künstlerisch-kultureller Auftrieb fehlte vollständig; nichts zeigte sich auch nur im Keim, was den geschlossenen Leistungen früherer Perioden der Kunstgeschichte an die Seite zu stellen wäre.

In dieser Zeit erlebte die deutsche Arbeiterklasse ihr geistiges Erwachen und, dank der Tüchtigkeit ihrer Gewerkschaften, auch ihren sozialen Aufstieg. Was in den sozusagen oberen Regionen der Gesellschaft an Kunstschöpfungen — dem gekennzeichneten Marktgeschmack entsprechend — entstand, gelangte in industrialisierter, vollkommen verkitschter Form und in minderwertigstem Material auch in die Arbeiterschaft: das Muschelmöbel, das Leinwandbild und gipserner Nippeschund, denen sich später das Grammophon würdig zugesellte, hielten ihren Einzug in das Arbeiterheim. In einer Zeit ihres mächtigsten Aufstrebens, in der die arbeitende Klasse bereit gewesen wäre zum Empfang reichster Kunstschöpfung und zum ergebnisreichen Mitschaffen, wurde sie vergiftet mit unwürdigstem Schund. Eine gräßliche, jede eigene kulturelle Regung in der Arbeiterschaft erstickende Geschmacksverwüstung breitete sich mit diesen Kunstgreueln in den Wohnstätten der arbeitenden Massen aus.

Bis sich innerhalb der Arbeiterschaft eigene Kräfte regten, um den Massen den Weg zum Kunstlerlebnis zu bahnen. Der geistig fortgeschrittenste und energischste Teil schuf die Volkstheater in Berlin und an einigen anderen Plätzen; sie erschlossen der Arbeiterschaft das Theater. Die Bildungsausschüsse der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung breiteten ihre Wirksamkeit schnell auch über das gesamte Gebiet der Kunst aus; neben Kunstabenden und guten Konzerten boten sie der Arbeiterschaft in Bücher- und Bilderausstellungen Literatur und Heimtschmuck von gewähltem Geschmack. Und diesen Bestrebungen gesellte sich nun als neues Glied, als weitere Stufe des Aufstieges der Arbeiterklasse zu eigenem Kulturbewußtsein der Volkskunstverlag „Das Bild“. (Geschäftsstelle Berlin-Mariendorf, Kurfürstenstr. 19.)

Die vier großen Gewerkschaften der graphischen Industrie haben sich zusammengetan, um in Gemeinschaft mit den Arbeitern und Angestellten der Reichsdruckerei dieses Unternehmen ins Leben zu rufen, als eine Genossenschaft, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Schätze der Meister der bildenden Kunst aller Kulturepochen in vornehmen und originalgetreuen Wiedergaben herzustellen. Die Bildungsausschüsse und die Buchhandlungen der beiden sozialdemokratischen Parteien in Berlin haben sich der Genossenschaft angeschlossen, und auch die Volkstheater und die Konsumgenossenschaft werden ihre Einrichtungen zum Vertrieb der Drucke zur Verfügung stellen. Durch die Ausschaltung eines jeden Gewinnes wird ein Preis möglich gemacht, der es den Arbeitern, Angestellten und minderbesoldeten Beamten gestattet, die Bilder als Wandschmuck in geeigneter Rahmung, wie zur Camouflage in Mappenform zu erwerben und den Kulturabfall des wilhelminischen Zeitalters, den beschämenden Schund, der leider noch immer die Wände der Arbeiterwohnungen bedeckt und die Schränke belastet, zu verbannen. Wird das Unternehmen auf solche Weise wirtschaftlich der Lage der Gewerkschaften angepaßt, so soll es kulturell dem Bedürfnis unserer Genossen entsprechend gestaltet werden durch eine proletarischen Empfinden gemäße Auswahl der Werke. Drei große Bildwerke werden bereits zum Weihnachtsfest erscheinen.

Wir begrüßen freudig die neue Kulturschöpfung des Proletariats. Der Weg, den die Genossen gehen, die hier zur Tat geschritten sind, wird nicht ohne Dornen sein. Das Unternehmen wird gegen die Mißgunst der kapitalistischen Herren des Kunstmarktes, die den unliebsamen Konkurrenten nicht unbehelligt lassen werden, zu kämpfen haben. Aber eben darum muß sich die gesamte Arbeiterschaft hinter diese Organisation stellen. Auch sie ist ein Teil ihres Kampfes. Nicht ohne Zweck und Absicht haben die herrschenden bürgerlichen Klassen das Proletariat von aller Kultur ferngehalten. Feinere Gesittung, weicherer Innenleben, starkes Kulturbewußtsein — alles Eigenschaften, die durch echtes Kunstlerleben gefördert werden — sind gleichfalls Vorbedingungen des Erfolges der Arbeiterklasse. Die Bürger von Athen verjämten die Schlacht, um ins Theater zu gehen — wir gehen zur Kunst, um die Schlacht zu gewinnen.

Aus unserem Beruf.

Lohnkämpfe in der Porzellanindustrie. Das Scheitern der Tarifverhandlungen in Eisenach hat recht unerfreuliche Wirkungen ausgelöst. Nachdem der alte Tarif am 30. September abgelaufen, war es selbstverständlich, daß unsere Kollegen in den einzelnen Betrieben durch Nachfrage bei ihren Betriebsleitungen feststellen mußten, zu welchen Bedingungen das Lohn- und Arbeitsverhältnis vom 1. Oktober ab fortzuführen sei. Daß bei dieser Gelegenheit die Kollegen auch ihre neuen Lohnansprüche geltend machten, liegt auf der Hand. Niemand wird erwartet haben, daß mit der Ablehnung der Lohnforderungen in Eisenach diese abgetan sein konnten. Die fast täglich und stündlich steigende Teuerung sorgt schon dafür, daß die Arbeiter, ob sie wollen oder nicht, einen Ausgleich zu schaffen sich bemühen müssen. Die Stimmung unter unseren Kollegen war schon lange eine stark erregte. Nur mit aller Mühe gelang es der Verbandsleitung, die Kollegen dahin zu bewegen, wenigstens noch die Verhandlungen über Abschluß eines neuen Tarifes abzuwarten, wobei auch über eine Teuerungszulage für die seit dem 15. August verlossene Zeit verhandelt werden sollte. Nachdem diese Verhandlungen aber ergebnislos geblieben und nunmehr die einzelnen Unternehmer sich ebenfalls weigern, annehmbare Zugeständnisse zu machen, zum Teil auch noch die in Eisenach gemachten Zugeständnisse nicht einmal anerkennen wollen, wird sich niemand wundern, daß die Verhältnisse einigermaßen lenkt, daß die Erbitterung eine allgemeine ist.

In Thüringen, Sachsen und Bayern ist es bereits zu umfangreichen Ausständen gekommen. Zum Teil haben nur einzelne Arbeiter-Kategorien, zum Teil die gesamten Belegschaften in den Betrieben die Arbeit ruhen lassen. In den Streit gezogen sind die Betriebe in Numa, Georgenthal, Jecha bei Sonderhausen, Zimmern (alle Porzellanbetriebe), Brattendorf, Großbreitenbach, Martroda, Königsee, Elgersburg, Rodach, Gräfenthal, Meerbach, Reichmannsdorf, Taubenbach, Piesau, Kahla, Triptis, Suhl, Manebach, Stüberbach, Eisenberg, Pöbneck, Gehren, Gera, Rauhütte, Leslau, Kloster Weilsdorf, Kleindembach, Rudolstadt, Schwarz, Volkstedt, Alexandrinenthal, Köppelsdorf, Sonneberg, Neuhaus, Kreis Sonneberg, Hüttensteinach, Hüttengrund, Blechhammer, Steinach, Lauscha, Waldenburg, Altwasser, Niedersalzbrunn, Sophienau, Breslau, Tettau, Kronach (Firma Rosenthal).

In Unterweißbach veranstalteten die Porzellanarbeiter eine große Demonstration gegen die Betriebsleitung; auch dort steht das Barometer auf Sturm.

Eine Anzahl der bestreikten Unternehmer hat in den Lokalblättern oder durch Anschlag am Fabriktore an die Arbeiterschaft die Aufforderung gerichtet, wenn die Arbeit nicht am anderen Tage wieder aufgenommen wird, gelten die Ausständigen als definitiv entlassen. Wie sehr die Unternehmer die Situation verkennen, wird dadurch bewiesen, daß man von solchem Anschlag irgendeine für sie günstige Wirkung erwartet. Das Gegenteil tritt aber ein. Solche Aufforderung löst in der Regel eine Gegenerklärung der Arbeiterschaft in ihrer Presse aus, wobei nicht immer jedes Wort auf die Goldwaage gelegt wird. Zur Milderung der Gegensätze trägt solches Verfahren bestimmt nicht bei.

Im übrigen erwarten wir von den Verwaltungen, die „Ameise“ fortlaufend über alle Vorgänge zu informieren.

Alexandrinenthal bei Coburg. In der dortigen Porzellanfabrik von Rednagel wurde kürzlich der Holzbrennofen, der um 11 Uhr vormittags angebrannt wurde, um 12 Uhr schon wieder gelöscht. Die Kollegen können sich nicht erklären, aus welchen Gründen dieses geschehen ist und meinen, das Geld für das Holz, das vollkommen nutzlos verbrannt wurde, hätte besser für die Arbeiter verwendet werden können, für die ohnehin immer nicht viel übrig ist.

Eisenberg. Seit der Dreher Kylander aus Stadtlengsfeld bei der Firma F. A. Reinecke zum Oberdreher bestellt worden ist, hat sich nicht nur dieser selbst, sondern auch die Verhältnisse in der Dreherei gewandelt. Anscheinend glaubt K. seine Eignung zum „Ober“ seinem Chef gegenüber dadurch beweisen zu können, daß er sich dem Personal in der Pose eines Strafanstalts-Aufsehers zeigt und gebärdet. Weil das Personal dafür aber kein Verständnis hat, ist es schon öfter zu Streitigkeiten, sogar schon zu Tätlichkeiten gekommen. Dem Personal ist es gewiß nicht zu verdenken, wenn es für solchen Mann alles andere, nur keine Achtung übrig hat und mit ihm nichts mehr zu tun haben will. Nichtsdestoweniger möchten wir aber dem Personal empfehlen, damit nicht etwa die Einigkeit unter sich zu gefährden.

Flörsheim. Am Freitag, den 23. September, ist die Arbeiterschaft des Werkes „Keramag“ in den Streit getreten wegen der Entlassung des Zahlstellenvorstehenden. Die Arbeiterschaft ist der Ansicht, daß der angegebene Entlassungsgrund unberechtigt ist. Sie ist auch weiter überzeugt, daß eine Entlassung nicht erfolgt

wäre, wenn es sich nicht um die Person des Vorstehenden gehandelt hätte. Daß es zu einer Einigung nicht kommen konnte, ist in der Hauptsache auf die Starrköpfigkeit des Betriebsleiters Hiller zurückzuführen. Die Arbeiterschaft der Schwesterbetriebe in Nellingen und Weser ist unterrichtet und über das Vorgehen des Betriebsleiters Hiller entriistet. Engstes Zusammenarbeiten der Keramag-Belegschaften wird auch in Zukunft notwendig sein.

Flörsheim. Die Firma „Keramag“, Keramische Aktiengesellschaft, Sitz Bonn, hatte auf ihrem Werke, Steingutfabrik Flörsheim, einen Angestellten, der Mitglied des Betriebsrates war, entlassen. Derselbe behauptet, seine Entlassung sei nur aus dem Grunde erfolgt, weil er einem Protege des Direktors Platz machen mußte. Das Betriebsratsmitglied erhob gegen seine Entlassung Einspruch beim Schlichtungsausschuß in Wiesbaden auf Grund des § 84, Absatz 1, Ziffer 4 des BGG.

Der Schlichtungsausschuß erkannte den Einspruch als begründet an und erblickte in der Kündigung eine durch das Verhalten des Arbeitnehmers und die Verhältnisse des Betriebes nicht bedingte unbillige Härte. Der Schlichtungsausschuß fällte einen Schiedsspruch dahingehend, daß der Firma aufzugeben sei, den bereits Entlassenen weiter zu beschäftigen. Weigert sich die Firma dessen, dann muß sie an den Kläger 3800 Mk. Entschädigung zahlen. Die Firma hat die Weiterbeschäftigung abgelehnt und wird demzufolge zahlen müssen.

Gräfenthal. Die Porzellanarbeiter, zirka 505 Personen sämtlicher hiesiger Betriebe, sind seit Sonnabend, den 1. Oktober, durch einmütigen Beschluß in den Ausstand getreten. Die Verhandlungen der Spitzenverbände, welche den am 30. September abgelaufenen Vertrag durch einen neuen, den Teuerungsverhältnissen anzupassenden ersetzen sollten, sind gescheitert.

Lumpige 15 resp. 20 Proz. auf die Augustlöhne hat man den Arbeitern gnädigst zugestanden. Ist das nicht eine Verhöhnung schlimmster Art? Die Herren Fabrikanten schwelgen in Ueberfluß, und die armen Porzellanarbeiter werden zum langsamen Hungertode verurteilt.

Soll es unbedingt ein Schreden ohne Ende sein, dann ist es schon besser — ein Ende mit Schreden. Den uns aufgezwungenen Kampf halten wir aus bis zum endgültigen Sieg! Verantwortungen, ganz gleich, welcher Art, müssen wir ablehnen.

Ein Gesandter der beiden Fabrikanten Wirschnitzer und Schneidig, bis Montag, den 3. d. M., die Arbeit wiederaufzunehmen, da der alte Vertrag noch eine Arbeitsgemeinschaft vorsieht, also noch nicht erloschen sei, ist eine Falschmeldung. Die Aufnahme der Arbeit beschließt nur die örtliche Streikleitung und niemand anders. — Weiter wurde die Arbeit bis jetzt noch bei der Firma Moritz, Taubenbach, Bernhardt & Bauer, Piesau, und Steinbrenner, Reichmannsdorf, eingestellt.

Schmiedeberg i. Nbg. Am 12. September konnte die Porzellanfabrik Gebr. Pohl, A.-G., auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Die Firma hat diesen Tag mit ihren Angestellten und Arbeitern in festlicher Weise begangen. Außerdem erhielten die Arbeiter Geldzuwendungen: alle verheirateten männlichen Arbeiter 250 Mk., Frauen und Männer über 24 Jahre 200 Mk., alle über 16 Jahre alten Arbeiter 150 Mk., Jugendliche 100 Mk. 46 Angestellte und Arbeiter, die 25 Jahre und darunter bei der Firma beschäftigt sind, erhielten 500 bzw. 300 Mk. Ein Pensionsfonds für Angestellte und Arbeiter wurde gegründet, dem die Firma 1 000 000 Mk. überwiesen hat. Der Stadt Schmiedeberg wurden für gemeinnützige Zwecke 50 000 Mk. überwiesen; für Tuberkulose-Bekämpfung im Rahmen des Unternehmens wurden 5000 Mk. zur Verfügung gestellt.

Der Fabrik in Schmiedeberg, die im Laufe der Jahre bedeutend vergrößert wurde, wurden bisher noch angeschlossen die Fabriken in Hirschberg, Haselbach, Kreis Landshut, Lomnitz und Erdmannsdorf. In allen Betrieben wird in der Hauptsache Stanzporzellan für elektrotechnische Zwecke erzeugt.

Ein technischer Fortschritt. Wie die „Technische Rundschau“, Nr. 28, vom „Berl. Tageblatt“ mitzuteilen weiß, ist eine neue automatische Stanzmaschine erfunden worden, die bereits praktisch ausprobt ist und sich bewährt. Die Stanzmasse, die von diesem Automaten verarbeitet wird, braucht nicht mehr mit Öl, sondern nur mit Wasser angefeuchtet zu werden. Im übrigen wird darüber gesagt::

Es ist eine verhältnismäßig kleine Maschine, die von einem Motor von 1/4 PS getrieben wird. Oben befindet sich ein Fülltrichter, in welchem die pulverförmige Masse, welche mit wenig Wasser angefeuchtet ist, eingefüllt wird. Seitwärts kommen die fertiggestellten Teile auf einem Transportband aus der Presse heraus. Die Presse fertigt in 8 Stunden 25 000 Stück, also das Zehnfache bis Zwanzigfache der Handpresse. Sie wird sich also für alle Massenartikel, welche in sehr großen Quantitäten benötigt werden,

bald unentbehrlich machen. Der Umstand, daß ein Delzusatz nicht erforderlich ist, bringt natürlich noch den besonderen Vorteil hervor, daß Del gespart und bei einfachen Artikeln, welche glasiert werden sollen, der erste Brand, welcher nur für das Austreiben des Oeles erforderlich ist, unnötig wird.

Das Prinzip der neuen Maschine eignet sich nicht allein für einfache, sondern auch für komplizierte Teile, wie Schaltersockel, Fassungsringe u. dgl., aber auch nicht allein für die keramische Industrie, sondern auch für die Herstellung irgendwelcher Teile, die aus pulverförmiger Masse gepreßt werden können.

Porzellan. Unter dieser Ueberschrift bringt die Nr. 474 der „Handelszeitung des Leipziger Tageblattes“ folgende Notiz:

Vom Reichsverband des deutschen Ein- und Ausfuhrhandels wird uns geschrieben:

Die Außenhandelsniederstelle Feinkeramik verlangt, daß jeder Lieferant für den Export eine sogenannte Lieferwerksbescheinigung zu geben hat, in der der Lieferant sich unterschreibt, daß er vom Verkäufer die für die Ausfuhr festgelegten Mindestpreise erhält. Unseres Erachtens entspricht diese Klausel, die auch von keiner anderen Industrie außer von der Porzellanindustrie in die Lieferwerksbescheinigung hineingebracht worden ist, in keiner Weise den gesetzlichen Vorschriften. Diese haben lediglich bezweckt, Preis-schleudereien in das Ausland zu verhindern. Gelingt der Außenhandelskontrolle diese Aufgabe nicht durch Ueberwachung der Verkäufe ins Ausland, dann ist es widersinnig, von einer Ausdehnung der Preisvorschriften auf die vorhergehenden binnenländischen Abschlüsse eine wirksamere Kontrolle zu erwarten. Die Einmischung der Außenhandelsstelle in das Verhältnis zwischen Fabrikant und Exporteur dient außerdem lediglich dem persönlichen Vorteil der Interessentengruppen, d. h. gewisser großer gut organisierter Fabriken, welche sich auf Kosten der mittleren und kleineren Betriebe eine unbequeme Konkurrenz vom Halse halten wollen. Alle solche Bestimmungen führen dazu, daß ganze Exportgebiete uns verloren gehen. Bisher hat man für die Porzellanindustrie lediglich den nordamerikanischen Markt als maßgebend angesehen; aus diesem Grunde wurden auch sämtliche Ausfuhrpreise durch die Außenhandelsniederstelle Feinkeramik in Dollars festgelegt. Erst kürzlich ist es den Bestrebungen der Exporteure gelungen, diese Bestimmungen zu Fall zu bringen; jetzt darf je nach der Währung des Landes in Dollars, Gulden oder Sterling verkauft werden. Von einer der Weltmarktlage entsprechenden Herabsetzung der Mindestpreise ist jedoch keine Rede, so daß uns z. B. der ganze Markt für Holländisch-Indien, wohin Deutschland vor dem Kriege einen umfangreichen Export von Porzellanwaren gehabt hat, verloren geht. Die Nachfrage nach deutschem Porzellan ist dort überaus groß. Die Anknüpfung von Geschäftsbeziehungen hatte aber bisher keinen Erfolg, da alle Offerten, welche deutsche Firmen dorthin gelegt haben, gegen die japanische Konkurrenz viel zu hoch waren. Selbstverständlich faßt der Japaner mit jedem Auftrag, den er sich vermöge unserer zu hohen Preise zu sichern weiß, mehr und mehr Fuß auf dem dortigen Markte. Ebenso widersinnig wie die Preisüberspannung auf dem Auslandsmarkt ist das Verhalten einzelner Fabrikanten, die mit Rücksicht auf die für einen Teil der Produktion erhältlichen guten Preise kein Interesse bekunden, ihre Fabriken voll zu beschäftigen. Sie vertreten den volkswirtschaftlich total verkehrten Standpunkt, lieber ein kleines Geschäft mit großem Nutzen als ein größeres Geschäft mit kleinem Nutzen zu machen, mit anderen Worten, sie wollen aus Einzelgeschäften nur möglichst hohe Profite erzielen, anstatt alles daranzusetzen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, die deutsche Wirtschaft aufzubauen und sie für die Zukunft leistungsfähig zu machen.

Wir haben keinen Anlaß, uns in das Verhältnis zwischen Industrie und Handel einzumischen, zumal wir im gegenwärtigen Moment mit der Regelung unserer Angelegenheiten genügend Beschäftigung haben. Soweit wir aber als Vertreter der Arbeiterinteressen dabei in Frage kommen, müssen wir uns einige Bemerkungen dazu gestatten. In der Außenhandelsniederstelle Feinkeramik, bezw. deren Hauptauschuß, sitzen neben den Vertretern der Industrie und des Handels auch die Vertreter der Arbeiter und der Angestellten. Diese letzteren haben bisher immer den Standpunkt vertreten, daß, solange eine Außenhandelskontrolle bestehe und nach Lage unserer wirtschaftlichen Verhältnisse notwendig sei, dafür gesorgt werden müsse, daß diese Kontrolle auch wirksam sei. Trotzdem sehr strenge Kontrollmaßnahmen bestehen, ist es besonders dem illegalen Händlertum, d. h. wie wir sagen, den Schiebern, immer wieder gelungen, ihre Exportgeschäfte mit Erzeugnissen der feinkeramischen Industrie zu machen. Der gegenwärtige außerordentlich ungünstige Stand unserer Valuta reizt diese edlen Seelen natürlich immer mehr an, alles, was sie nur irgend in ihre Hände bekommen können, nach dem Auslande zu verschleppen. Ob der reelle Auslandshandel damit für längere Zeit unmöglich gemacht wird oder nicht, sieht diese Sorte von „Händlern“ nicht an.

In der Notiz wird vom Reichsverband des Ein- und Ausfuhrhandels auch eine Herabsetzung der Verkaufspreise für die Erzeugnisse der feinkeramischen Industrie verlangt, um die japanische Konkurrenz aus dem Felde schlagen zu können. Wir müssen uns schon jetzt dagegen wenden, daß dieser Konkurrenzkampf etwa auf dem Rücken der deutschen Arbeiter ausgefochten wird. Dabei würden letztere auch nicht mehr so ruhig zusehen, wie es in der Vorkriegszeit teilweise noch der Fall war.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter kann auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Mit 400 Mitgliedern trat derselbe Ende September 1896 ins Leben und zählt heute rund 300 000 Mitglieder. Die Nr. 39 des Verbandsorgans „Die Gewerkschaft“ ist aus diesem Anlaß in vorzüglicher Ausstattung als Festnummer erschienen. Ihr reicher Inhalt spiegelt den Werdegang des Verbandes wider, schildert die zahllosen Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt. Aber auch die segensreiche Tätigkeit, die der Verband für die von ihm vertretenen Arbeiterschichten entfaltet, spricht deutlich aus den Schilderungen.

Die Warenversorgungsstelle Deutscher Gewerkschaften hat seit Anfang dieses Jahres in zahlreichen Orten Warenverteilungsstellen eingerichtet, in denen die gewerkschaftlich organisierten Personen Kleidung, Wäsche, Schuhwaren usw. zu billigen Preisen beziehen können. Die Arbeiterschaft wird zu ihrem eigenen Vorteil auf diese Einrichtung hingewiesen, da sich überall die bedauerliche Tatsache zeigt, daß sie noch vielfach nicht genügend bekannt ist. Da der Verkauf nur an Organisierte stattfindet, ist Verbandsausweis mitzubringen.

Pflicht eines jeden Organisierten ist es, von seinem Unternehmen zu beziehen.

Vermischtes.

Hohe Umsatzahlen.

Die höchste Umsatzzahl der deutschen Konsumgenossenschaften im letzten Geschäftsjahr erreichte, wie mitgeteilt worden ist, die Hamburger „Produktion“, nämlich mehr als 308 Millionen Mark. Jetzt wird über die Umsatzahlen der Berliner Genossenschaft berichtet, die zwar an die Hamburger nicht heranreichen, aber nicht desto weniger zu enormer Höhe gelangt sind. Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend steigerte im abgelaufenen Geschäftsjahre 1920/21 ihren Umsatz von 137 921 477,25 Mk. auf 232 071 454,81 Mk. Der Wädereiumsatz betrug 44 372 612,66 Mk. gegen 24 919 063,57 Mk. im Vorjahre, jedoch sank das verarbeitete Rohstoffquantum von 15 998 977 Kilogramm auf 12 856 175 Kilogramm. Die Konditorei hatte einen Rückgang zu verzeichnen, während die Kaffeeerösterei und die Selterfabrik sehr erfreuliche Fortschritte aufwiesen. In letztgenanntem Betrieb stieg der Umsatz von 446 417,41 Mk. auf 1 486 363,40 Mk., die Zahl der expedierten Flaschen von 711 660 auf 2 503 041. Eine ganze Anzahl neuer Warenabgabestellen konnte errichtet werden. Am 1. August d. J. wurde der Konsumverein Zehlendorf übernommen.

Beschleunigte Zuschußgewährung für Siedlungsbauten. Die Bau- und Siedlungsgenossenschaften klagen stets über das zehraubende Verfahren, wenn für eine Siedlung Baukostenzuschüsse aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge erwirkt werden sollten. Diese Anträge gehen von der ländlichen Siedlung zum Kreis, von dort zur Regierung oder zum Oberpräsidenten, weiter ans Wohlfahrtsministerium und von dort zum Reichsamt für Arbeitsvermittlung. Wenn alles gut geht, so besteht die Aussicht, daß auf den Antrag in etwa 20 Wochen ein endgültiger Bescheid erteilt wird. Werden aber Änderungen der eingereichten Unterlagen notwendig, was ja bei den Massenberechnungen meistens der Fall ist, so verzögert sich die Entscheidung noch erheblich mehr. Diese Verzögerung verteuert erfahrungsgemäß die zu errichtenden Bauten erheblich, da die Antragsteller meistens bereits über die Organisation zur Ausführung der Bauten verfügen oder solche bereitgestellt haben. Mangels endgültigen Bescheides sind sie zur Untätigkeit verdammt und in den zu treffenden Vorbereitungen gehemmt. Die Betriebseinrichtungen liegen still, und eine Disposition hinsichtlich der Arbeit und der Arbeitskräfte ist unmöglich. Dieser Zustand bedeutet eine Behinderung der Siedlungsarbeit, der behoben werden kann, wenn die Antragsteller bereits kurze Zeit nach der Einreichung ihrer Anträge Gewißheit erhalten können, daß ihre Anträge grundsätzlich genehmigt und daß nur in bezug auf die Höhe der angeforderten Beträge Abweichungen zu erwarten sind.

Der Vorstand des ADGB wandte sich an die Regierung mit dem Ersuchen, durch ein beschleunigtes Verfahren die bestehenden Mißstände zu beheben. Die Regierung ist hierzu bereit. Unten

26. August schreibt der preussische Minister für Volkswohlfahrt (W. R. 12 545/21):

In Uebereinstimmung mit dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung bin ich bereit, bei Wohnungsbauten das Verfahren zur Erlangung von Zuschüssen aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge insofern zu beschleunigen, daß ohne zeitraubende Prüfungen der Unterlage bei den Regierungen wenigstens eine grundsätzliche Entscheidung möglichst schnell herbeigeführt wird.

Ich habe die Regierungspräsidenten mit den erforderlichen Anweisungen versehen und wäre dankbar, wenn vom ADGB aus in geeigneter Weise die interessierten Kreise darauf hingewiesen würden. Ich darf dabei darauf aufmerksam machen, daß dieses Verfahren nur platzgreifen kann, wenn der Antragsteller den Wunsch nach einer vorläufigen grundsätzlichen Entscheidung zum Ausdruck bringt. Von der Befügung der Unterlagen kann aber auch in diesem Fall nicht abgesehen werden, weil sonst die Möglichkeit fehlt, das Bauvorhaben im allgemeinen zu beurteilen.

Diese Stellung des Ministeriums wird den Siedlungsgenossenschaften sehr erwünscht sein, denn sie muß dahin führen, daß die so oft beklagten Mißstände bei der Erledigung der Zuschußanträge wesentlich eingeschränkt werden. Es ist daher zu wünschen, daß die beabsichtigte Änderung im Zuschußverfahren den beteiligten Kreisen bekannt wird, damit diese bei ihrem Bauvorhaben sofort Anträge auf vorläufige grundsätzliche Entscheidungen stellen.

Die erhöhte Invaliditätsversicherung.

Durch das Gesetz über die Neufestsetzung der Leistungen in der Invalidenversicherung vom 23. Juli 1921 sind auch die Beiträge erhöht worden. Versicherungsmarken in den bisherigen Werten dürfen daher vom 1. Oktober an nicht mehr verwendet werden, sondern es sind zu Heben in:

Lohnklasse A bis 1000 Mk.	350-Pf.-Marken
" B mehr als 1000 Mk. bis 3000 Mk.	450-Pf.-Marken
" C " " 3000 " " 5000 "	550-Pf.-Marken
" D " " 5000 " " 7000 "	650-Pf.-Marken
" E " " 7000 " " 9000 "	750-Pf.-Marken
" F " " 9000 " " 12000 "	900-Pf.-Marken
" G " " 12000 " " 15000 "	1050-Pf.-Marken
" H " " 15000 " " " "	1200-Pf.-Marken

Versammlungsberichte.

Kahla. „Bericht über die Eisenacher Tarifverhandlungen“ und „Sonstiges“ standen auf der Tagesordnung der am 28. September stattgefundenen außerordentlichen Zahlstellenversammlung. Der geräumige Saal des „Rosengarten“ reichte bei weitem nicht zu, um alle, die gekommen waren, zu fassen. Ueber 1000 Kolleginnen und Kollegen waren dem Rufe der Verwaltung gefolgt, was der Vorsitzende mit Genehmigung feststellte und daran die Hoffnung knüpfte, daß der augenblickliche Geist unter den Mitgliedern immer so lebendig bleiben möge. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Riesenversammlung die Oppauer Opfer auf dem Schlachtfelde der Arbeit durch Erheben von den Sigen. Im Anschluß hieran wurde aus der Mitte der Versammlung betont, daß es mit der lebenden bewiesenen Ehrenbezeugung nicht sein Weiden haben dürfe, sondern daß der Toten von Oppau am besten gedacht würde, wenn die Mittel zur Unterstützung der hinterbliebenen Wittwen und Waisen usw. schnell und reichlich gegeben würden. Die Verwaltung sagt zu, nach bestem Können zu diesem Zwecke zu geben, und erwartet diese, daß die Kollegen noch ein übriges tun und reichlich zeichnen, wenn Listen in Umlauf gesetzt werden. Ein Antrag an den Ortsausschuß des A. D. G. V., der jedes Gewerkschaftsmitglied verpflichtet, mindestens einen Beitrag in Höhe seines Gewerkschaftsbeitrages zu diesem Zwecke zu geben, fand einstimmige Annahme.

Sodann berichtete Kollege Meinhardt über die Verhandlungen in Eisenach. Er schilderte zunächst die Schwierigkeiten, die vor dem Zutritt der Kollegen mit den Unternehmern zu überwinden waren. Diesen Schwierigkeiten, kaum behoben, stellten sich unseren Delegierten beim Zutritt mit den Unternehmern wieder neue Hindernisse in den Weg durch Erklärungen, in welchen die Unternehmer Bezug nahmen auf Vorkommnisse in Thüringen anlässlich der Bewilligung der 5 bzw. 10 Proz. Steuerzulage. Als auch diese Klippen umschiffen waren, konnte endlich in die Verhandlungen eingetreten werden. Allgemein fiel laut, daß die große, einflussreiche Aktiengesellschaft Kahla auch nicht durch einen einzigen Vertreter vertreten war. Genosse Wollmann begründete zunächst kurz unsere Vorlage zum neuen Tarif. Der Begründung schloß sich der Vertreter der christlichen Gewerkschaft an. Sodann begründete als Vertreter der Arbeitgeber Dr. Vogel deren Vorlage, was dem Genossen Wollmann nochmals Gelegenheit gab, unsere Auffassung über einen neu abzuschließenden Tarifvertrag ausführlich darzulegen und zu erklären, daß wir erst dann bereit und geneigt sein würden, von unseren Forderungen etwas abhandeln zu lassen, wenn uns die Unternehmer den unwiderleglichen Nachweis führen, daß sie alle so hungern, wie das bei den Arbeitern bisher der Fall gewesen ist, trotz der angeblich enorm hohen Löhne. Diesmal geht's nicht, und die Arbeiter werden sich zu ihrem Rechte zu behelfen wissen! So schloß Genosse Wollmann seine Begründung.

Kollege Meinhardt schildert sodann anschaulich das Aushandeln und Feilschen der Unternehmer, von denen er behauptet, daß, wenn sie Worten zugänglich gewesen wären, die die Not der Arbeiter ausdrücken, sie bei den diesmaligen Verhandlungen weitgehendstes Entgegenkommen gezeigt haben müßten, so viel treffende Worte sind ihnen in den Kommissionen entgegnet worden. Aber die Unternehmer sind eben Unternehmer und betrachten

nur sich und ihre Sippe als dabeiberechtigt. Der Arbeiter mit seiner Familie kann ihretwegen dahlnvegetieren. Während die Unternehmer die schmutzigen Papierlappen scheffeln, haben die Arbeiter nicht so viel, um das Leben zu fristen und ihre und ihrer Familie Blüten zu decken. Kollege Meinhardt geht sodann auf die Unternehmerangebote ein und rückt diese in das rechte Licht. Der Berichtsteller erklärt, daß er schwer mit sich gerungen und sich die Frage, mit oder ohne Tarif, wiederholt vorgelegt habe. Er sei aber zu dem Entschluß gekommen, das Angebot der Arbeitgeber abzulehnen als absolut unzulänglich. Die Ablehnung sei übrigens einstimmig erfolgt. Da die letzten Erklärungen der Unternehmer ein weiteres Verhandeln ausschlossen, mußte das Ergebnis der Tagung ein negatives sein. Und nun, so schloß Kollege Meinhardt seinen einstündigen Bericht, hallo die Mitglieder das Wort; sie haben zu prüfen, ob die Unternehmerangebote den augenblicklichen und den noch kommenden Lebensverhältnissen auch nur einigermaßen Rechnung zu tragen geeignet waren, und ob das Angebotene tatsächlich als Lohn für die ebenso schwere als teilweise auch hochwertige Arbeit in unserem Berufe gelten konnte. Er und auch alle an den Verhandlungen mit teilgenommenen Kollegen seien sich voll bewußt gewesen, daß eine tariflose Zeit mit mancherlei Widerwärtigkeiten für die Arbeiter verknüpft sei, aber sie seien auch einmütig der Auffassung gewesen, daß sie nicht einen Tarif um jeden Preis abschließen dürften. An unseren Kolleginnen und Kollegen wird es nun liegen, wie sie die tariflose Zeit für sich ausnützen werden. Und wenn sie sich dessen voll bewußt sind, daß sie einen Faktor in dem großen Wirtschaftsgetriebe darstellen, mit dem die profitgierigen Unternehmer rechnen müssen, und wenn sie alle einig und geschlossen bleiben mit dem festen Willen, zu siegen, dann werden sie im Kampfe ausharren und willig alle Opfer ertragen, die der Kampf ihnen auferlegt.

Bräulender Beifall legte Zeugnis ab davon, daß die Vertreter der Kollegen recht gehandelt haben. Das bewies auch die eingehende Aussprache, die sich dem Bericht anschloß. Alle die zahlreichen Diskussionsredner verurteilten ausnahmslos das Verhalten der Unternehmer, und es wäre so manchem Scharfmacher zu gönnen, einmal in so einer Versammlung anwesend zu sein und die Psyche des Volkes bei dieser Gelegenheit zu studieren. Vielleicht würde er zu der Ueberzeugung kommen, daß doch eigentlich ein gewaltiger moralischer Unterschied zwischen den Forderungen der Arbeiter und dem Verhalten der Unternehmer im allgemeinen liegt; denn während die Arbeiter die Forderungen aus bitterer Not, aus Sorge für die Erhaltung ihrer Familien erheben, lehnen die Unternehmer solche Forderungen auf Existenzmöglichkeit aus schnöder Geldgier und Gewinnucht ab. Und wenn ja einmal ein Unternehmer über die anderen hinausragt und sich mit seinen Arbeitern einigermaßen verständigt dadurch, daß er annehmbare Löhne zahlt, so hat er für dieses soziale Verständnis Strafe zu gewärtigen. Dr. Vogel hat in Eisenach ohne Vorbehalt erklärt, daß die Unternehmer, die ihren Arbeitern „so hohe Spitzenverdienste“ erzielen ließen, vor das Tribunal ihres Verbandes gezerrt und schwer bestraft werden sollen. Weitergehende Forderungen, als die von unseren Vertretern in Eisenach gestellten, wird einstimmig beschlossen, den Unternehmern am Orte zu unterbreiten, und alle Redner ermahnen zur Einigkeit und Geschlossenheit, auch wenn es zu noch größerem Hungern kommen sollte, als bisher. Während des Krieges hat jeder sein gerüttelt Maß von Leiden und Nöten für fremde Interessen ertragen müssen, und da kann es nicht allzuschwer fallen, wenn die Arbeiter einmal für ihre eigenen Interessen den Hungerriemen noch enger schnallen.

Im Punkt „Verschiedenes“ wird auf die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung hingewiesen und allseitig anerkannt, daß mit den derzeitigen Beiträgen keine allzugroßen Sprünge zu machen sind. Bei dieser Gelegenheit wird aber auch betont, daß eine ganze Reihe von Mitgliedern sich um die statistische Beitragszahlung drückt indem sie niedrigere als ihrem Verdienst entsprechende Beiträge zahlt. Diesem Uebelstand soll abgeholfen werden. Zum Schluß erinnert Kollege Dietrich nochmals an die P. H. Hochschule und erwartet recht rege Teilnahme an den Veranstaltungen.

M.-Gladbach. Die Versammlung vom 1. Oktober befaßte sich mit der Regelung der Lohnfrage, die in den meisten anderen Betrieben bereits geregelt ist. Es wird beschlossen, eine Lohnerhöhung von 30 Proz. zu fordern. Dann brachte der Vorsitzende einen Zeitungsartikel zur Verlesung, der sich mit dem Streit im Saargebiet befaßt. Außerdem wurde noch über die Abhaltung eines Vergnügens gesprochen und diesbezügliche Beschlüsse gefaßt.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 2. Heft vom 1. Band des 40. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die geschichtliche Bedeutung des Erfurter Parteitags. Von Heinrich Cunow. — Die Reparation und der neue Niederbruch der Markvaluta. Von Artur Heichen. — Die Psychotechnik und die Betriebsräte. Von Franz Lauffötter. II. (Schluß). — Die soziale Frage im römischen Altertum. Von Dr. W. Berg. I. — Der Entwurf eines Verwahrungsgesetzes. Von Heini Lehmann u. a.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 1,50 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1,50 Mk. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Die Sozialistische Gemeinde“. Erscheint monatlich zweimal. Preis pro Nummer 1,— Mk., pro Quartal 6,— Mk. Verlag: Wilh. Dammann, Berlin C. 2, Breitestr. 8/9.

Aufruf.

Unser Mitglied, der Dreher Paul Kluge, ist seit Weihnachten v. J. krank. Unsere Zahlstelle hat schon einmal für R. eine Sammlung veranstaltet, auch aus dem Lokalfonds ist R. schon unterstützt worden. Weil wir aber in der Arbeit und dem Verdienst beschränkt sind (auf drei Tage pro Woche), sind wir allein nicht mehr in der Lage, R. unterstützen zu können. Wir bitten die Zahlstellen, uns Mittel zu überweisen und Gelder an unseren Kassierer

Hermann Warden, Posten i. Markt, Bergstr. 7 zu senden.

Für die Zahlstelle Posten:
Der Vorsitzende Wilh. Krause.

Verfammlungs-Anzeigen.

Rahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Annaburg. Sonnabend, den 15. Oktober, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“.

Berlin-Charlottenburg. Zahlstellenversammlung am Mittwoch, den 19. Oktober, abends 7 Uhr, im Speisesaal der Manufaktur. Vortrag des Landtagsabgeordneten Ernst Heilmann über: „Was hat die Weimarer Verfassung den Arbeitern gebracht?“

Regnitz. Donnerstag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr, im „Stern“.

Adressen-Änderungen.

Kloster Weiskdorf b. Hilburgshausen. Kassierer: Hermann Trier, Stanger.

Weiskwasser, D.-L. Vorstehender: Johannes Häding, Stanger, Forsterstraße 30. Schriftführer: Max Wähle, Brenner, Ackerstr. 2.

Berlin-Charlottenburg.

Kollegen, haltet Euch den 12. November frei für das Vergnügen der Schildermaler. Verfolgt die „Ameise“. Näheres in nächster Nummer. Das Komitee.

Zuschußklasse deutscher Porzellanmaler.

Kassenbericht pro 2. Quartal 1921.

Einnahme.	Ausgabe.
Beiträge u. Eintrittsgeld. 3838,55	Krankengeld 2279,—
Kapitalverkehr 975,52	Sterbegeld 90,—
Best. vom 1. Quartal 1921 31704,01	Kapitalverkehr 785,15
	Bewaltung d. Zahlstellen 195,58
	Hauptl. 47,90
	Kassenbestand 33120,45
Summa 36518,08	Summa 36518,08

Vermögens-Nachweis.

Spartassenbuch Nr. B 101	80707,15 Mk.
832	1634,45 "
Bar	778,85 "
Summa	33120,45 Mk.

Mitgliederbestand: 606.

Hermann Schubert, Kassierer.

Sterbetafel.

Althaldensleben. Emil Behrens, Maler, geboren am 26. Juli 1889, gestorben am 2. Oktober an Bleibergiftung und Nierentzündung. Mitglied seit 1919.

Anna. Elise Ludwig, Paderin, geboren am 4. April 1897, gestorben am 20. September an Gehirnentzündung. Mitglied seit 1918.

Glashorn. Margarethe Nienau, geboren am 13. Oktober 1893, gestorben am 26. September an Kindbettfieber. Mitglied seit 1920.

Hornberg. Johann Herrenleben, Arbeiter, geboren am 3. August 1865, gestorben am 14. September an Magenleiden. Mitglied seit 1919.

Ilmenau. Günther Grimm, Gießer, geboren am 30. August 1844, gestorben am 16. September an Herzschlag. Mitglied seit 1918.

— Karl Krämer, Füller, geboren am 1. August 1870, gestorben am 17. September durch Unfall. Mitglied seit 1918.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsmarkt.

Offertbriefe, denen kein frankiertes Rubert beiliegt, werden nicht weiter befördert.

Tüchtiger, sauberer Formengießer und Modelleinrichter, 26 Jahre alt, sucht Stellung. Zuschriften unter J. B. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Erstklassige Zigaristen suchen sofort
Derwich & Sari, Cassel, Werkstätten plast. Bildwerke.

Wir suchen zu möglichst sofortigem Eintritt tüchtigen Formgießer für Keilstrichformen über eingerichtete Modelle. Lediger wegen Wohnungsmangel bevorzugt.
Großherzogliche Majolika-Manufaktur
Kunstkeramische Werkstätten, G. m. b. H.

Jüngerer Schmelzer für Härbringer-Rüssel in dauernde Stellung gesucht. Verfolge nur im Schmelen von Hotelporzellan gute Erfahrung besitzen. Angebote unter „M. 2“ an die Redaktion der „Ameise“.

Tüchtige Treibschmelzer für Unterglasur, Hartsteingut, werden noch eingestellt. Gerne Adressenangaben mit Alter und Probearbeit erwünscht. Verfolge an die Redakt. der „Ameise“ unter „D. 4“.

Tüchtiger, unverheirateter Modellgießer und Einrichter für Gebrauchsgeschäfte zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote unter P. L. an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Lebiger Glasmaler, flott in Federarbeiten, zum möglichst sofortigen Eintritt gesucht.
Glaskaffinerie Rüdiger & Co., Weiskwasser D.-L.

Einige perfekte, durchaus zuverlässige Brenner gesucht. Es kommen nur Bewerber in Frage, die wirklich instande sind, einen Brand tabellos zu führen.
E. & C. Carstens
Porzellanfabrik, Sorau, N.-L.

Tüchtiger Gießer auf bessere Figuren, aber nur solcher, kann sich sofort melden. Angebote mit Angaben über bisherige Tätigkeit an
Plastische Kunst, Breslau
Höfchenstr. 84.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen jüngeren perfekten Formengießer. Angebote mit Lohnansprüchen, Zeugnisabschriften und Angabe des frühesten Eintrittstermines erbeten an die Schramberger Majolikafabrik, G. m. b. H., Schramberg i. Württbg.

Geschäfts-Anzeigen.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gr., 20—30 Pf., je nach Inhalt. — Darum schickt „alles“ zu
Poliergoldflaschen 10 " 25—50 "
H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sa.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Sachen. Beste u. pünktliche Bedienung.
Man verlange Prospekte.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Nische, Flaschen und Pinsel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen
Oskar Hottmann, Stadtilm in Thüringen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Pinsel — Flaschen — Matrückenstände usw. zum Einschmelzen kauft
M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.

Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Der schlechte Markkurs und der Mangel an Levantiner und Zymocasschwämmen bedingt sofortigen Einkauf.

Elefantenohren Vorrat erschöpft; neue Sendung wird erwartet. Offertiere hierdurch für Dreher große naturelle prima Zymocasschwämme, das Stück zu 17, 25, 32, 35, 40, 50 Mk.; Levantiner Glasur-Schwämme das Stück 11 und 20 Mk.; feine, weiche prima Rees-Schwämme, Form, das Kilo, 100 bis 125 Stück enthaltend, 700 Mk. für Brennerie und Druckerei mittlere, gepresste flache Hardhead-Schwämme, das Kilo, 90 Stück enthaltend, 225 Mk.; große, gepresste prima Hardhead-Schwämme, das Kilo, 40 Stück enthaltend, 400 Mk. Acht griechische Pferde-Schwämme, kleine, das Stück 5 Mk.; größere 15 bis 25 Mk.; für Steingut- und Tonwarenfabrikanten. Versand nur in geschlossenen kleineren und größeren Posten.
S. Michelsohn, Schwammgroßhandl., Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 22.

Gold, Platin und Silberabfälle aller Art

Begr.
1896.
Beste
Bedien.



Gold-,
Platin-,
Silber-
preis
auf
Anfrage

Goldhaltige Lappen — Nische — Schmiere Pinsel, Paletten, Nöpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Matrückenstände und ausgebranntes Gold kauft die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Bönisch-Platz 17.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen
Emil Theimer, Langewiesen b. Ilm., Thür.

Kaufe goldhaltige Schmiere, Lappen, Nische, Flaschen, Pinsel und Matrückenstände zum Einschmelzen. Höchste Tagespreise. Auf Wunsch sofortiges Einschmelzen.
Erich Martin, Rudolstadt, Untere Marktstr. 24 II.

Goldabfälle aller Art, wie Lappen — Schmiere — Nische — Flaschen usw., auch ausgebranntes Gold kauft stets zu höchsten Tagespreisen
Schiffsohn Geier, Höchstädt b. Chiersheim, Oberfranken.

Zuschneidemeßer (schmal, spitz), Ziehflingen, Polierbieche, Becken, Handseger und Ofenrohrbürsten liefert
P. Jesche, Wahren bei Dübenerfurth (Schl.)

Gerauchg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Hofmeisterstr. 4.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Hofmeisterstr. 4.
Druck von E. Kaniszenzki, Berlin SO., Elisabeth-Mier-Str. 22.